Änderungsantrag

der Fraktionen der CDU und der SPD

zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 5/3680 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 5/3221 -

Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2012

Die Beschlussempfehlung erhält folgende Fassung:

"Der Gesetzentwurf wird mit folgenden Änderungen angenommen:

A. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

'3. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender neue Absatz 2 eingefügt:

↳(2) Im ersten Rechtszug ist abweichend von § 1 Abs. 2 Satz 3 das Verwaltungsgericht Gera zuständig für Streitigkeiten nach dem Recht der offenen Vermögensfragen (Rückübertragungsrecht, Investitionsrecht, Vermögenszuordnungsrecht, Treuhandrecht, Entschädigungsrecht und Ausgleichsleistungsrecht).◀

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.'

2. Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und § 9 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Nummern 1, 2, 5, 8, 9 und 10 werden gestrichen.

bb) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 1 und 2, die bisherigen Nummern 6 und 7 werden die Nummern 3 und 4.

b) In Absatz 3 wird die Angabe 'Nr. 7' durch die Angabe 'Nr. 4' ersetzt.

3. Die bisherige Nummer 4 wird die Nummer 5.

B. In Artikel 8 erhält § 3 Abs. 7 folgende Fassung:

'(7) Der Landesfinanzdirektion wird die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts der Regelung offener Vermögensfragen übertragen.'

C. Nach dem Fünften Teil wird folgender Sechste Teil eingefügt:

'Sechster Teil Weitere Änderungen

Artikel 15 Änderung des Thüringer Glücksspielgesetzes

§ 9 Abs. 1 Satz 2 des Thüringer Glücksspielgesetzes vom 18. Dezember 2007 (GVBl. S. 243), das zuletzt durch Gesetz vom 9. September 2010 (GVBl. S. 289) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

›Im Jahr 2012 erhält der Landessportbund Thüringen e.V. mindestens 8,81 Millionen Euro und die Liga der Freien Wohlfahrtspflege mindestens 4,92 Millionen Euro.«

Artikel 16 Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes

Das Thüringer Hochschulgesetz vom 21. Dezember 2006 (GVBl. S. 601), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 133), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

›Die Hochschulen können in der Grundordnung vorsehen, dass dem Namen nach Satz 1 ein Namenszusatz hinzugefügt wird; die Fachhochschulen können zusätzlich in der Grundordnung vorsehen, dass dem Namen nach Satz 1 die Bezeichnung »Hochschule für angewandte Wissenschaften« hinzugefügt wird.«

2. § 94 Abs. 4 Satz 4 erhält folgende Fassung:

›Die Summe aller Kredite darf nur mit Zustimmung des Gewährträgers zwei Drittel der im jeweils jüngsten testierten Jahresabschluss ausgewiesenen betrieblichen Erträge überschreiten.«

D. Der bisherige Sechste Teil wird Siebenter Teil und wie folgt geändert:

1. Der bisherige Artikel 15 wird Artikel 17.

2. Der bisherige Artikel 16 wird Artikel 18 und Absatz 3 wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird nach der Angaben '2011' das Wort 'und' durch ein Komma ersetzt.

b) In Nummer 3 wird nach dem Wort 'Verkündung' das Wort 'und' angefügt.

c) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:

'4. die Zweite Thüringer Verwaltungsgerichtszuständigkeitsverordnung vom 12. Dezember 2001 (GVBl. S. 471)'

E. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst."

Begründung:

Zu A:

Nummer 1

Es handelt sich um eine zu berücksichtigende Folgeänderung im Zusammenhang mit der Auflösung des Landesamtes für offene Vermögensfragen.

Nummer 2

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Abschaffung von Vorverfahren wird für einzelne Sachgebiete nicht, wie ursprünglich vorgeschlagen, umgesetzt.

Nummer 3

Folgeänderung

Zu B:

Die Landesfinanzdirektion übernimmt zum 1. Januar 2012 die Aufgaben des Thüringer Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen und des Staatlichen Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen, da diese Ämter zu diesem Termin aufgelöst werden. Diese Aufgaben gehen über die in der jetzigen Fassung übertragenen Aufgaben des Vollzugs des Vermögensgesetzes hinaus. Die geänderte Fassung überträgt die Aufgaben dagegen vollständig und entspricht der jetzigen Gesetzesbegründung.

Zu C:

(Artikel 15)

Mit der Gesetzesänderung wird die sog. Mindestbetragsregelung zugunsten des Landessportbundes Thüringen e. V. (LSS) sowie der Liga der Freien Wohlfahrtspflege auf das Jahr 2012 verlängert.

Die ursprüngliche Aufnahme der Mindestbeträge in das Glücksspielgesetz begründet sich mit der parteienübergreifend gewollten Sicherung der Finanzierung, insbesondere des LSS und der Liga, welche wegen rückläufiger Einnahmen aus den Zuweisungen nach dem Thüringer Glücksspielgesetz nicht mehr gegeben war. Daran hat sich auch aktuell nichts geändert, weshalb die Mindestbetragsregelung zu verlängern ist.

(Artikel 16)

Durch Artikel 16 wird eine Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes in das Artikelgesetz aufgenommen.

Zu Nummer 1 - Änderung von § 1 Abs. 2 Satz 2

Durch die Neufassung von § 1 Abs. 2 Satz 2 wird den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, dem gesetzlichen Namen einen Namenszusatz hinzuzufügen. Ein solcher Namenszusatz muss durch eine Grundordnungsänderung, die der Genehmigung des für das Hochschulwesen zuständigen Ministeriums bedarf, umgesetzt werden. Mit der Neufassung von Satz 2 soll entsprechenden Absichten einzelner Hochschulen entsprochen werden. Die Möglichkeit der Selbstbenennung soll die auch finanzielle Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen, wie es auch in dem Entwurf der Rahmenvereinbarung III - Drucksache 5/3455 - zum Ausdruck kommt und wie es den finanziellen Vorkehrungen im Haushalt 2012 entspricht, stärken.

Zu Nummer 2 - Änderung von § 94 Abs. 4 Satz 4

In den Erläuterungen zu Kapitel 18 20 Titel 891 01 des Entwurfs des Landeshaushaltsplans 2012 sind die näheren Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen als Landeszuschuss an das Universitätsklinikum Jena (UKJ) zum Neubau des 2. Bauabschnitts des Klinikums dargelegt.

Das UKJ sieht vor, die Baumaßnahme im Rahmen eines GU-Vertrages zu realisieren. Das UKJ sichert dabei die Finanzierung des Gesamtprojektes. Der Freistaat gewährt dem UKJ eine Zuwendung in Höhe der anteiligen Investitionskosten von 214,3 Millionen Euro sowie ausnahmsweise auch die dafür anfallenden Finanzierungskosten über eine Laufzeit von 20 Jahren.

Nach der bisherigen Fassung des § 94 Abs. 4 Satz 4 darf die Summe aller Kredite, die das UKJ aufnimmt, zwei Drittel der im jeweils jüngsten testierten Jahresabschluss ausgewiesenen betrieblichen Erträge nicht überschreiten. Die vorgesehene Finanzierung würde diesen Kreditrahmen überschreiten.

In der Begründung des Gesetzentwurfs zum Thüringer Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 20. September 2006 (Drucksache 4/2296) ist der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck gekommen, mit dieser Limitierung die im Rahmen der Gewährträgerschaft des Landes entstehenden bürgschaftsähnlichen Verpflichtungen des Landes durch Gesetz bestimmbar zu begrenzen. Unter Beachtung dieses gesetzgeberischen Willens ist es sachgerecht, die für die Realisierung des 2. Bauabschnitts des UKJ erforderliche Überschreitung der Kreditgrenze unter Zustimmungsvorbehalt des Gewährträgers nach § 99 ThürHG zu stellen.

Zu D und E:

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen als Folge der vorstehenden Änderungen.

Für die Fraktion
der CDU:

Mohring

Für die Fraktion
der SPD:

Höhn